

Angeblicher "Rechtsruck" bei Polizei und Bundeswehr

Die Debatte über die parteipolitischen Neigungen deutscher Sicherheitskräfte für das echte konservative Lager wird momentan medial thematisiert. Viele fühlten sich von den Altparteien im Stich gelassen. Kürzlich bestätigten die beiden deutschen Polizeigewerkschaften bereits Sympathien in den eigenen Reihen. Das sei eine "politische Spätfolge der Flüchtlingskrise", als die Beamten von ihrem gesetzlichen Auftrag, eine unerlaubte Einreise nach Deutschland zu unterbinden, hätten abweichen müssen, so Jörg Radek, Vize-Chef der "Gewerkschaft der Polizei". Er könne die Aussagen von Merz (CDU) definitiv bestätigen, hieß es vom Vorsitzenden der "Deutschen Polizei-Gewerkschaft", Ernst Walter. Auch ihm bereitet bereite es große Sorgen, dass immer mehr Polizisten sich nicht mehr von den etablierten Parteien vertreten fühlten. Diese Abwendung aber nichts neues, sondern die Konsequenz einer völlig verfehlten Sicherheits- und Asylpolitik. Gerade jene Personen, die dann diese Politik täglich ertragen müssen, wählen irgendwann nicht mehr die Verursacher.



Die Zahl der wohnungslosen Menschen in Deutschland steigt stetig an. Alleine in Nordrhein-Westfalen ist sie noch einmal deutlich gestiegen. Zum 30. Juni 2018 hatten nach neuesten Statistiken der Landesregierung 44.400 Menschen keine feste Bleibe. Das sind 12.000 oder 37,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Armutsgefährdungsquote der Gesamtbevölkerung – also derer, die weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens haben – liegt bei 15,8 Prozent. Allerdings sind die bisherigen Statistiken für Rentner irreführend. Wenn man nämlich die finanziell besser ausgestatteten Pensionäre herausrechnet, liegt die Quote dieser armutsgefährdeten Gruppe deutlich höher, nämlich bei 19,5 Prozent.

Zahl der Islamisten steigt weiter

Der neue Verfassungsschutzbericht untermauert die Gefahr durch islamistische Netzwerke in Deutschland. Täter kämen „teilweise radikalisiert aus den Gefängnissen, als sie hereingekommen sind“.

Die Zahl der Islamisten ist im vergangenen Jahr bundesweit um knapp drei Prozent auf 26.560 angestiegen. Parallel dazu wuchs auch das Netzwerk der Salafisten, das als Nährboden für Terroristen gilt. Der Verfassungsschutz betonte, dass der Islamismus weiterhin „eine große Bedrohung der Sicherheit in der Bundesrepublik“ sei.

Die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) hat nach dem Zerfall ihres ausgerufenen Kalifats im Nahen Osten ihre Strategie gewechselt. Besonders die Rückkehr ausgereister deutscher Islamisten beschäftigt den Verfassungsschutz. Auch andere global vernetzte Terrororganisationen wie al-Qaida haben Deutschland im Visier. Die Sorge: Salafistenkreise erhalten weiter Zulauf, die Gefahr islamistischer Anschläge wächst.

Prozess gegen 10 Migranten wegen Gruppenvergewaltigung beginnt

Das Landgericht Freiburg versucht, eines von vielen, aber auch eines der widerlichsten Verbrechen aufzuklären. Mehrere Migranten sollen eine 18-jährige Studentin vergewaltigt haben. Bereits bei Prozessbeginn verhöhnten die Angeklagten das Opfer und versuchten es als unglaubwürdig darzustellen.

Die angeklagte Gruppenvergewaltigung einer 18-jährigen Studentin in Freiburg erschütterte im Oktober 2018 das Land und sorgte in der Stadt für Proteste. Am 26.06 begann der Prozess vor dem Landgericht Freiburg. Angeklagt sind elf junge Männer, größtenteils sogenannte „Flüchtlinge“: acht Syrer, ein Iraker, ein Algerier und ein Deutscher. Schon die ersten Minuten des Mammut-Prozesses (angesetzt sind 27 Verhandlungstage) zeigten

die Angeklagten, was sie vom Opfer und den Zuschauern halten. Ein Angeklagter, der Algerier Mohamed H., ließ sich laut Medienberichten beim Betreten des Saals seinen Aggressionen freien Lauf. Schreiend wütete er auf Arabisch („Wer mich fotografiert, kommt in die Hölle“). Der 19-Jährige schlug mit der Faust auf den Tisch und wehrte sich körperlich gegen den – seiner Meinung nach wohl zu festen – Zugriff eines Justizbeamten. Schließlich zeigte der heißblütige Angeklagte, der mit knielangen Jogginghosen und tief ins Gesicht gezogenem Basecap gekommen war, den Prozessbeteiligten seinen ausgestreckten Mittelfinger.

Bilder illustrierten, mit welcher Art von Männern (einige trugen aus Sicherheitsgründen sowohl Hand- als auch

Fußfesseln) es das Gericht zum Teil zu tun hat. Früher noch an Bahnhöfen bei Ihrer Ankunft von Gutmenschen bejubelt und als arme Flüchtlinge bezeichnet, zeigten sie erneut ihre wirklichen Qualitäten. Zuständig ist eine Jugendkammer, aufgrund des angeblichen Alters der Angeklagten. Im Kern geht es um die Frage: Haben die Angeklagten die Studentin unter Drogen gesetzt und am frühen Morgen des 14. Oktober 2018 nahe einer Diskothek in der Gruppe vielfach vergewaltigt. Dabei soll die Tat 2,5 Stunden gedauert haben.

Die Verteidiger der elf Angeklagten werden vermutlich nichts unversucht lassen, die Angaben von Franziska W. in Zweifel zu ziehen. So wird bereist jetzt behauptet, die junge Frau hätte eine Gewaltorgie gefordert.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLICANER REP

Italien als EU-Schuldenstaat

Nach den hohen Griechenlandschulden wurde fast vergessen, dass sich auch gerne andere EU-Staaten wirtschaftlich retten lassen. Ein Land ist dabei ganz vorne mit dabei: Italien. Dort werden seit Jahren die Schuldengrenzen der EU gekonnt ignoriert. Und es wird immer schlimmer: Mittlerweile fallen 23 Prozent der gesamten Staatsschuld der Euro-Zone in Italien an. Rom verwendet viel Raffinesse darauf, die Brüsseler "Elite" zu täuschen. Die grenzenlosen EU-Befürworter Macron und Merkel sehen dem Treiben tatenlos zu. Die Vorgaben des Maastricht-Vertrages werden von Italien seit Jahren ausgeblendet. Der Staat lebt, als gebe es kein Morgen. Die Regierung marschiert konsequent in Richtung Schuldenstaat:

Dabei wird getrickt und verschaukelt. Eine Verbesserung der italienischen Wirtschaft verspricht die Regierung u.a. dadurch, dass der teilstaatlichen Förderbank Cassa Depositie Prestiti eine Sonderdividende in Höhe von 800 Millionen Euro abgerufen werden soll, um den Anschein einer seriösen Haushaltsplanung zu erwecken. Auch die Olympischen Winterspiele 2026, die in Mailand und an weiteren italienischen Standorten geplant sind, werden bereits auf der Habenseite verbucht. Sie sollen dem Staat fünf Milliarden Euro bringen. Ebenso eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, die so keine Mehrheit hat.

275000 Kita-Plätze fehlen

Trotz Investitionen kommt Deutschland mit dem Ausbau der Kinderbetreuung nicht schnell genug hinterher. Bereits im vergangenen Jahr zeigte eine Untersuchung, dass 273.000 Kita-Plätze für Kinder unter drei Jahren fehlen. Die aktuelle Betreuungslücke entspricht 11,6 Prozent aller Kinder in diesem Alter. Auch im Jahr 2019 zeichnet sich keine Verbesserung die angespannte Lage ab.

Im Vergleich zum Vorjahr waren die Zahlen im Jahr 2018 nahezu unverändert zum Vorjahr und unterschied sich nur um gerade einmal 6000 Plätze. Ginge der Ausbau in genau diesem Tempo weiter, würde die Betreuungslücke erst in 45 Jahren geschlossen.

Aktiv das Bienensterben bekämpfen



Hummeln und Bienen sind die wichtigsten Bestäuber. Ohne diese für die Natur so wichtigen Insekten wäre unsere Auswahl an Gemüse und Obst auf ein Weniges reduziert. Hummeln und Bienen – die für uns und unseren Pflanzen so wichtigen Helfer – werden in ihrer Vielfalt immer weniger. Viele Nahrungsmittel gibt es nämlich nur, weil die Bienen ihren Job so gut machen und unsere Wild- und Kulturpflanzen tagtäglich bestäuben.

REP Rosenheim mit Eilantrag gegen Baustellen

Die Anzahl und Dauer der Baustellen und Straßensperrungen sorgen in der Stadt Rosenheim für viel Verärgerung. Deswegen hat sich die Stadtratsfraktion der Republikaner jetzt mit einem Eilantrag an Oberbürgermeisterin Bauer und die Verwaltung gewandt. Die Stadträte fordern darin, dass die Bevölkerung ab sofort mehrmals pro Woche über die Medien über den Zustand und/oder die Dauer von Baustellen bzw. Straßensperrungen informiert wird. Die Situation sei inzwischen fast unerträglich, hieß es zur Begründung.



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Spenden für
Deutschland >



Spendenkonto:

DIE REPUBLICANER (REP) Postbank Dortmund,

IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLICANER - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin - V.i.S.d.P. Tilo Schöne

Kontaktaufnahme:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder kontakt@rep.de[Informieren Sie sich über unsere Arbeit](#) Ich möchte mehr über die Partei erfahren. Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein. Ich möchte Mitglied werden.

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Informationen unter:0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr. Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Politischer Stammtisch, jeden ersten Montag. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Mönchengladbach:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: moenchengladbach@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
Postfach 140407
40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Telefon Telefax

E-Post

Konfession / Beruf / Tätigkeit Geburtsdatum

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen

Datum / Unterschrift

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) Zahlungsart Zahlungsrhythmus Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Überweisung Lastschrift jährlich halbjährlich

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut BIC/Swift-Code

IBAN

Datum / Unterschrift

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Bezirksverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Landesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Bundesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.